

Kampf um höhere Gehälter: Finanzsektor-Angestellte wehren sich!

Am 1. April 2025 steigen die Mindestgehälter im Finanzsektor um 3%. Ergebnisse der Kollektivvertragsverhandlungen und Forderungen.

Österreich - Nach langen und intensiven Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft GPA und den Vertretern der Kreditwirtschaft wurde ein bedeutender Durchbruch erzielt: Ab dem 1. April 2025 steigen die Mindestgehälter im Finanzsektor um drei Prozent. Dies betrifft etwa 68.000 Beschäftigte und stellt einen mehr als adäquaten Ausgleich zur prognostizierten Inflation von 2,9 Prozent für das Jahr 2024 dar, wie **kosmo.at** berichtet. Zudem wurde auch der Mindestbeitrag zur betrieblichen Altersvorsorge um 0,15 Prozentpunkte erhöht. Der Bankenverband bezeichnete die Einigung als „gerade noch vertretbaren Kompromiss aus Arbeitgebersicht“. Obwohl die Gehaltserhöhung erfreulich ist, bleibt die Frage offen, ob dies ausreichend ist, angesichts der hervorragenden wirtschaftlichen Lage der Branche.

In der zweiten Verhandlungsrunde am 11. März 2025 gab es jedoch keinen offiziellen Vorschlag der Arbeitgeber, was zu massiven Protesten führte. Die Beschäftigten fordern eine Gehaltserhöhung von vier Prozent, orientiert an der Inflation und den Rekordgewinnen der Banken, die im Jahr 2024 insgesamt 10,7 Milliarden Euro erzielten. Diese Zahlen verdeutlichen die Diskrepanz zwischen den kräftigen Gewinnen der Finanzinstitute und dem bescheidenen Angebot der Arbeitgeber, wie **gpa.at** betont. Die Gewerkschaft hat bereits Betriebsversammlungen für den Zeitraum vom 20. bis 25. März 2025 angekündigt, um

den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen und ihre Forderungen nach fairen Arbeitsbedingungen und einer gerechteren Entlohnung voranzubringen. Sollte es in der kommenden Verhandlungsrunde am 18. März nicht zu einer weiteren Einigung kommen, sind erneute Maßnahmen geplant.

Der Druck steigt

Die kommende Verhandlungsrunde wird entscheidend sein, denn die Stimmung unter den Beschäftigten ist angespannt. Der Vorstoß zur Erhöhung der Pensionskassenbeiträge, insbesondere in Bezug auf die fairen Bedingungen für Frauen, und die Forderung nach einem arbeitsfreien letzten Arbeitstag im Jahr sind weitere Themen, die bei den Verhandlungen nicht vergessen werden dürfen. Die Gewerkschaft hat klar signalisiert: Die Beschäftigten lassen sich nicht mit einem Minimalangebot abspeisen – ihr Beitrag zur Wirtschaft muss sich auch in einem fairen Kollektivvertragsabschluss widerspiegeln. Gemeinsam setzen wir uns für unsere Rechte ein!

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • www.gpa.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at